



not hilfe

Editorial

É voilà! Sie halten den neu gestalteten «Newsletter» in der Hand. Das «buero einheit» in St.Gallen hat sich bereit erklärt, die Gestaltung unserer Zeitung und unseren gesamten gestalterischen Auftritt zu übernehmen. Als Beitrag zum Engagement für eine menschliche und solidarische Flüchtlings- und Migrationspolitik. Wir freuen uns natürlich darüber und bedanken uns an dieser Stelle ganz herzlich beim buero einheit. Toll und motivierend wie das Solinetz wirklich als Netz funktioniert und jede und jeder sich so einbringen kann, wie es ihr und ihm entspricht.

In diesem Zusammenhang hat das buero einheit unser neues Logo gestaltet. Der offene Kreis deutet das Stichwort Solidarität an und ist doch so offen, dass hineinkommen und hinausgehen nach eigenen, individuellen Bedürfnissen möglich ist. Bald wird auch die neu gestaltete Homepage unter der alten Adresse www.solidaritaetsnetz.ch aufgestellt.

Besuchen Sie uns!

Im vorliegenden Newsletter erhalten Sie Einblick in Themen die uns beschäftigen und in unsere tägliche, oft unauffällige Kleinarbeit an vielen Orten in der ganzen Ostschweiz. Übrigens: wenn sie noch nicht Mitglied im Solidaritätsnetz sind, dann freuen wir uns, wenn sie es werden. Bestellen Sie eine Anmeldekarte auf unserem Sekretariat oder melden Sie sich auf der Homepage an. Die Motivation und die Art Ihrer Mitgliedschaft bestimmen Sie selbst. Einen Mitgliederbeitrag kennen wir nicht, jede und jeder unterstützt das Solinetz nach den eigenen Möglichkeiten. Aber auf alle Fälle erhält jedes Mitglied den Newsletter.

Und nun gute Lektüre!

Andreas Nufer,
für die Koordinationsgruppe

Reine und Unreine in Helvetien – Entwicklung der Nothilfe

Nun gibt es also definitiv Parias, Unberührbare, Unreine in Helvetien.
Und fast alle scheinen sich daran zu gewöhnen...

Andreas Nufer



Fünf Jahre ist es her, dass in der Schweiz der Sozialhilfestopp eingeführt worden ist. Im Rahmen des Sparprogramms EP 03 beschloss das Parlament, dass Personen mit einem Nicht-Eintretensentscheid-Entscheid (NEE) ab dem 01. April 2004 keine Sozialhilfe mehr erhalten. Diese Menschen werden einem Kanton zur Ausschaffung zugeteilt. Kann die Person nicht ausgeschafft werden, erhält sie Nothilfe. Seit dem 01. Januar 2008 gilt der Sozialhilfestopp auch für Menschen mit einem abgelehnten Asylentscheid. Zurzeit leben in der Ostschweiz ca. 250 Männer, Frauen und Kinder von der Nothilfe.

Das bedeutet nach wie vor 8 Franken pro Tag und Person – 12 Franken für zwei Personen, 15 Franken für 3 Personen, 18 Franken für vier Personen, und so weiter... Das bedeutet auch weiterhin Übernachten in der Zivilschutzanlage, tagsüber auf die Strasse, Arbeitsverbot, Gefängnisstrafen. Es bedeutet Leben im Dauerprovisorium, Leben ohne Perspektiven.

Mit diesem Schritt hat die Schweiz vor 5 Jahren eine gesetzlich verordnete zwei-Klassen-Gesellschaft eingeführt. Deshalb darf man von einem Paradigmenwechsel in der Asylpolitik im Jahr 2004 sprechen. Es gibt jetzt eben Parias, Unberührbare unter uns. Menschen, die ganz ausdrücklich nicht erwünscht sind, auch wenn sie nichts verbochen haben, die weit unter dem von uns festgelegten Existenzminimum leben müssen, die viel weniger Rechte haben als alle anderen. Wer mit ihnen in Berührung kommt, wird selbst unrein und macht sich strafbar, wenn er einen von Ihnen berührt.

Eigentlich war die Nothilfe als Übergangslösung gedacht. Frei nach dem Motto: «Wir hungern dich aus, ekel dich raus. Bis du gehst.» Mittlerweile leben Einzelpersonen und Familien bereits seit 2 Jahren unter diesen Umständen. Wir sprechen seit diesem Frühling von «Langzeit-Nothilfeempfängenden». Diese Situation ist und bleibt ein stiller Skandal in der modernen Schweiz.

Deshalb sind wir in den Vorbereitungen zu einer «Landsgemeinde zur Nothilfe!» Wir wollen die Auswirkungen des Sozialhilfestopps breit diskutieren. Was hat er gebracht? Wie geht es den Leuten in der Nothilfe? Welche Auswirkungen hat der Sozialhilfestopp auf die Asylzahlen, die Ausschaffungen, die Rückkehren? Welche Perspektiven gibt es? Wer sollte was tun? Was tun wir?

Betroffene und Persönlichkeiten aus Politik, Gesellschaft, Kirche und Akademie nehmen dazu Stellung. Und dann soll eine breite Diskussion entstehen, an der sich alle beteiligen dürfen und sollen. Anfänglich wollten wir am Tag der Menschenrechte, am 10. Dezember 2009, zur Landsgemeinde laden. Nun ist dieses Datum für verschiedene Politikerinnen und Politiker nicht möglich und innerhalb der Regierung wird die Verantwortung hin- und hergeschoben. Weitere Informationen zur Landsgemeinde folgen •

Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht Region Deutsche Schweiz

Seit Anfang 2008 dokumentiert die Beobachtungsstelle Einzelfälle die Probleme aufzeigen mit denen Menschen durch das im 2006 revidierte Asyl- und Ausländergesetz konfrontiert werden. Das Ziel der Beobachtungsstelle ist bekannt zu machen, was den Menschen in unserem Land geschehen kann, wenn sie bei uns um Asyl anfragen oder vom Ausländergesetz betroffen sind. Diese Fallbeschreibungen können auf www.beobachtungsstelle-rds.ch angeschaut, heruntergeladen und verteilt werden. Im folgenden eine Auswahl von Kurzbeschreibungen.

Marina Widmer

Mohamed

«Mohamed» und seine Freundin möchten heiraten. Sie bereiten die Heirat vor und bringen die Papiere aufs Zivilstandsamt in eine St.Galler Gemeinde. Ein Zivilstandsbeamter, der zugleich Sozialarbeiter ist, verleumdet den Bräutigam bei der Braut mit Informationen aus dem Asylossier, die den Vater und nicht den Sohn betreffen. Sie wird verunsichert, trotzdem heiraten sie.

Aber wenige Tage nach der Heirat gibt sie die Scheidung ein. Die Schweizer Behörden wollen ihn nun sofort ausschaffen, sie nehmen ihn nach wenigen Tagen fest und bringen ihn nach Genf. Dort soll er in ein Flugzeug steigen. Er widersetzt sich. Das Scheidungsprozedere läuft, im März 2008 ist er geschieden.

Er gibt wie seine Familie dies bereits getan hat, ein Härtefallgesuch ein, das im Herbst 2008 abgelehnt wird. Das Härtefallgesuch seiner Familie – Mutter, Vater und minderjährige Schwester – hingegen wird angenommen. Auch seine neue Freundin kann er nicht heiraten, weil das Ausländeramt, den Aufenthalt zur Vorbereitung der Ehe nicht erlaubt.

Er soll ausreisen. Das Ausländeramt erzwingt seine «freiwillige» Ausreise.

Albert

Das Asylgesuch von «Albert» wird abgelehnt, auf ein zweites Gesuch im 2007 wird nicht eingegangen. Er kommt im Januar 2008 in die Nothilfe und wird der Gemeinde Ernetswil zugewiesen, die ihn in eine unterirdische Zivilschutzanlage steckt. Ohne Kochplatte, ohne Tageslicht, mit einem Fenster für die Luftzufuhr, auf engstem Raum muss Albert seine Tage in Nothilfe verbringen. Die 8 Franken muss er täglich abholen, wenn er krank ist, ist er allein, das Geld bringt ihm niemand. Unter diesen Umständen erkrankt Albert psychisch und verbringt insgesamt mehr als anderthalb Monate in der Psychiatrischen Klinik. Von dieser wird er wieder in die Nothilfe nach Ernetswil in die unterirdische Zivilschutzanlage entlassen.

Um dieser Situation zu entkommen möchte Albert in Haft genommen werden. Es wird eine Durchsetzungshaft verfügt. Im August 2008 kommt er in die Neugasse 5 in St.Gallen ins Bezirksgefängnis. Es geht ihm da nicht gut und er möchte aus dem Gefängnis entlassen werden. Nun aber verlängert das Ausländeramt regelmässig seine Durchsetzungshaft und informiert den Gefängnisarzt nicht, dass Albert psychische Probleme hat und im Frühling 2008 in der Psychiatrie war.

Wenn Administrativhäftlinge länger in Haft sind, müssen ihnen Arbeitsmöglichkeiten geboten werden. Ein täglicher Spaziergang an

der frischen Luft muss möglich sein. Weder das eine noch das andere wird im Bezirksgefängnis in der Neugasse 5 in St.Gallen angeboten. Zudem hat das Bundesgericht festgehalten, dass je länger eine Administrativhaft andauert, desto weniger einschneidend haben – dem Grundsatz nach – die Freiheitsbeschränkungen auszufallen.

Albert wird im Frühling 2009 ins Ausschaffungsgefängnis Widnau verlegt. Das eingereichte Härtefallgesuch lehnt das Ausländeramt ab, weil er wegen illegalem Aufenthalt straffällig geworden sei und sich nicht um Ausreisepapiere bemüht habe.

Albert ist wieder aus dem Gefängnis entlassen worden, heute ist Albert wieder in der unterirdischen Zivilschutzanlage in Ernetswil untergebracht.

Tülay

«Tülay» stellt im 2000, als sie nach Gefängnisbesuchen bei einem Onkel zunehmend Schwierigkeiten in der Türkei bekommt, ein Asylgesuch in der Schweiz. Ihr Vater wurde bereits 1996 als Flüchtling anerkannt, die Mutter und die minderjährigen Geschwister sind in die Flüchtlingseigenschaft einbezogen worden und leben seither im Kanton Glarus. Dorthin zieht auch Tülay, um die Antwort auf ihr Gesuch abzuwarten.

Die Flüchtlingseigenschaft wird der volljährigen Tochter jedoch im 2003 nicht zuerkannt. Die Beschwerde gegen den negativen Entscheid bleibt lange beim Gericht hängen, erst anfangs Dezember 2008 wird sie vom Bundesverwaltungsgericht schlussendlich abgewiesen. Tülay erhält in der Folge genau 24 Tage Zeit – die Festtage abgezogen – die Schweiz zu verlassen und ihre Angelegenheiten zu regeln.

Inzwischen sind beinahe 9 Jahre vergangen und Tülay hat sich in Glarus bestens integriert und sich die Unterstützung ihrer betagten Eltern zur Aufgabe gemacht. In der Türkei, wäre sie als Frau alleine und auf Grund ihrer politisch engagierten Familie, mit denen sie Kontakt hat, gefährdet. Nun will die Fachstelle Migration im Kanton Glarus Tülay nach 9 Jahren Aufenthalt in der Schweiz zurück in die Türkei schicken und hat das Härtefallgesuch abgelehnt. Dies ist umso unverständlicher, weil die gleiche Behörde noch im 2004 ein Gesuch um humanitären Aufenthalt ans damalige BFF geschickt hat. Trotz hängiger Beschwerde im Januar 2009 an den Regierungsrat, wurde die Ausweisung nicht gestoppt.

Tülay taucht unter, damit sie nicht ausgeschafft wird.

Nadine

«Nadine» ist beim Genozid der Volksgruppe der Tutsis 1994 in Ruanda selber von der Gewalt betroffen, als ihre Familie verfolgte Tutsis bei sich aufnimmt. 9 Jahre später, als sie sich bei den Präsidentschaftswahlen weigert Wahlzettel zu manipulieren, wird sie von zwei Uniformierten vergewaltigt. In der Schweiz wollen ihr die Behörden kein Asyl gewähren, da man ihr die staatliche Verfolgung nicht glaubt.

Als Nadine von Schweizer Polizisten bei einem Transfer in eine andere Asylunterkunft unverhältnismässig gewalttätig behandelt wird, kommt es zu einer Retraumatisierung und zum psychischen Zusammenbruch. Dieser hat einen fünfmonatigen psychiatrischen Aufenthalt zur Folge und bis heute benötigt sie intensive psychische Betreuung. Nadine erhält eine vorläufige Aufnahme, da ihr Gesundheitszustand es nicht zulässt sie wieder nach Ruanda zu schicken.

Obwohl das Bundesverwaltungsgericht die Retraumatisierung von Nadine anerkennt, verneint es weiterhin die Gründe die zur Traumatisierung führten •

Kontakt

Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht
Beobachtungsstelle Ostschweiz

Florastrasse 6
9000 St.Gallen
Telefon 071 222 90 66

www.beobachtungsstelle.ch
ostschweiz@beobachtungsstelle.ch

Hängematte – Alibaba – Fondue,
Eine Ferienwoche für Flüchtlinge, MigrantInnen und Einheimische

Begegnung zwischen Kulturen und Religionen war unter anderem ein Ziel dieses Ferienlagers, welches wir mit Andreas Nufer ins Leben gerufen haben. Dieses Angebot richtete sich an Familien, welche in der Schweiz leben. So ist eine Gruppe von 40 Personen aus den Ländern Äthiopien, Angola, Chile, Elfenbeinküste, Eritrea, Irak, Kamerun, Kongo, Schweiz, Tschetschenien, (Weiss)Russland und Yemen zustande gekommen. Das jüngste Mädchen war eineinhalb, die älteste Frau knapp 70 Jahre alt.



Friedensdorf in Broc / Fribourg vom 11. – 17. Oktober 2009

Stefania Fenner und Maria Mondaca

Eine bunte Gruppe also...

...welche gemeinsam eine Woche Ferien im Friedensdorf im Greyerzerland machte. Am ersten Tag hat die versammelte Gruppe Regeln für die Woche zusammengestellt; «Alle helfen einander» war eine der wichtigsten. Es haben sich denn auch alle nach ihren Möglichkeiten eingebracht, sei es durch kochen, putzen, anbieten eines Workshops oder durch Kinderbetreuung. Jeden zweiten Abend haben die Afrikanerinnen das ganze Lager zum Tanzen gebracht. Zum ersten Mal haben wir echten, selbst gemachten russischen Salat gegessen. Eines Morgens fand spontan ein Fussballspiel Männer und Knaben gegen Frauen und



Mädchen statt, ein Höllenlärm und Riesenspass. Berührend für alle war die mystische Bergwelt des Greyerzerlandes.

So haben wir eine sehr eindrückliche, bewegende und vielseitige Woche erlebt, in welcher wir oft darüber staunte, wie gut das Zusammenleben funktionierte. Und all die oben aufgezählten Länder haben für uns in dieser Woche ein Gesicht bekommen. Das Wort «Flüchtling», hat ein «Name», eine «Geschichte» ein «Lebensalltag», eine «Realität in der Schweiz» bekommen... weit weg von dem Wort das täglich in den Medien auftaucht.

...klar, das Leben ist kein Ferienlager. Doch dieses Ferienlager scheint uns ein Modell dafür zu sein, wie friedliches Zusammenleben verschiedener Kulturen, Generationen, Religionen und Lebensentwürfen gelingen kann.

Bericht von Helen Batha, Rebstein 12 Jahre

Was mir am besten gefallen hat...

Die Fahrt von Rebstein nach Broc mit dem grossen Bus war schön. Mir hat am meisten gefallen, wo wir ganz lange gewandert haben und wo wir Kinder zusammen gekocht haben.

Und mir hat noch gefallen, wo wir Schwimmen waren. Und wo Heini und Rösly uns besuchen gekommen sind. Dort haben wir Fondue gegessen als Abendessen.

Nach dem Essen haben wir ein Theater aufgeführt: «Die roten Nasen und die roten Ohren». Dann war noch eine grosse internationale Party. Da haben wir Lieder aus vielen Ländern gesungen und viele haben getanzt und ich habe dabei zugeschaut. •

Kontakt

Friedensdorf – Village de la Paix
Chemin de Bouleyres 3
CH-1636 Broc

Telefon: 026 921 96 42

Telefax: 026 921 96 43

www.friedensdorf.ch
info@friedensdorf.ch

Regionalgruppe Rheintal

Die Regionalgruppe unterhält einen Sprachtreff und ein Nähatelier

Doris, Erika, Ursula, Arthur und Heini

Die schönste Nachricht in diesem Herbst ist, dass unsere Rheintaler Familien in Broc am Lager teilnehmen konnten. Sie sind alle immer noch begeistert von dieser Erfahrung. Wir haben sie dort besucht und einen Eindruck von der gelösten und friedlichen Atmosphäre mitbekommen. Das Wetter war die Woche durch wunderschön und das Greyerzerland ebenso. Und das tolle Leitungsteam hat für ein fantasievolles, fröhliches und ungezwungenes Programm gesorgt, von der Wanderung bis zur Theaterproduktion.

Unsere Aktionen....

Der Sprachtreff am Mittwochnachmittag geht weiter. In ungezwungener Runde tauscht man sich auf Deutsch aus. Vier ModeratorInnen wechseln sich ab, da kommt immer wieder Neues zur Sprache. Wir treffen uns in einem Kinderhort. So können die Frauen auch ihre kleinen Kinder mitbringen.

Unsere Nähstube wird im November mit dem zweiten Kurs starten. Wir müssen sie schon auf drei Gruppen erweitern, weil sich weitere Frauen dafür interessieren. Aber wir müssen auch einige Probleme mit der Organisation lösen. Von den lokalen Kirchen und einzelnen Gemeinden bekommen wir grosszügige Unterstützung für dieses Projekt. Die Zusage des Kantons wurde hingegen wieder zurückgenommen, als man realisierte, dass wir auch Frauen in Nothilfe dabei haben.

Je zu Beginn einer Saison, also im Frühjahr und im Herbst können wir uns beim benachbarten Arbeitslosen-Treff nach Wunsch Kleider ausleihen und daraus können sich dann unsere Familien bedienen. Und im Nähkurs werden wiederum Frauen aus diesem Treff dabei sein. Man hilft sich, wo es geht.

In einer unserer Familien hat es Nachwuchs gegeben. Da war ein Kinderwagen willkommen. Und einzelne der Kinder haben Velos benötigt, und andere Schuhe usw. Es ist schön, dass wir da mithelfen können.

Und unsere Sorgen...

Eine der Familien ist zurzeit in einer besonderen Stress-Situation, weil ihr Rekursprozess ansteht. Es mussten noch viele Zusatzinformationen beschafft werden. Man kann da nur dabei sein und assistieren und Kontakte vermitteln. Und auch als BegleiterIn spürt man den Druck der eigenen Machtlosigkeit. – Bei einer anderen Familie konnten wir die kleinen Kinder in die Einzelförderung und im Gruppen-Kindergarten bringe. Sie brauchen unbedingt mehr unbegleitete Erfahrungen mit anderen Kindern, was in einer Nothilfe-Situation eben fehlt. – Eine weitere Familie hat einen neuen Anlauf gemacht für ein Wiedererwägungsgesuch, auch da kann man nur dabei sein und hoffen. – Mit einer anderen Frau waren wir bei einer Stelle als Hilfskraft, aber die Aussichten sind mager – Der Arbeitsmarkt im Rheintal ist leer. Da gibt es unzählige Arbeitslose. – Immerhin: eine junge Frau macht zurzeit einen Probelauf bei einer Reinigungsfirma. – Und eine andere konnte ihre Kinder aus Äthiopien in die Schweiz holen. Die müssen sich jetzt hier einleben in einer neuen Welt. – Und schliesslich hat eine andere eine Stelle gefunden. Aber nicht in unserem Kanton. Und dort, wo sie arbeiten könnte, darf sie nicht hin.

Wir sind da unendlich froh um die kompetente Unterstützung von Klausfranz Rüst, aber auch der Rechtsberatungs-Stelle. Es gibt so viele Details zu prüfen und all die Rekurse und Gesuche sind in der Formulierung unendlich komplex. Ohne Fachhilfe geht es da gar nicht.

Man kann leider so wenig Dauerhaftes bewirken. Aber wir denken, dass es schon wichtig ist, dass Menschen da sind, die mitgehen, mitdenken, mit denen man die Sorgen besprechen kann.

Aber – manchmal – auch Freuden...

Eine weitere Frau aus unserem Kreis hat jetzt lange versucht, endlich mit dem Vater ihrer Kinder zusammenziehen zu können, was durch kantonale Hindernisse erschwert wurde. Dank dem Einsatz von Klausfranz und Susann ist dies jetzt aber gelungen. Toll! •

Regionalgruppe Thurgau

Asylsuchende in Baubaracke in Schwaderloh untergebracht

Vroni Zimmermann

Der Ort ist in letzter Zeit bekannt geworden. Es werden dort in einer Baubaracke Asylsuchende deren Gesuch (Nichteintretensfälle) endgültig, letztinstanzlich entschieden ist untergebracht. Es soll sich um Leute handeln, die vermutlich im Drogenhandel tätig waren oder ev. noch sind. Die Unterbringung an sich ist akzeptabel. Was problematisch ist, ist die Eingrenzung auf die Gemeinde. Die Leute dürfen den Ort nicht verlassen. Was auch problematisch ist, ist dass die Gemeinde den Aufenthalt der Gesuchsteller dort stark ablehnt. Die Einwohner von Schwaderloh wollen, dass die Baracke, wie versprochen, abgerissen wird.

Es ist Tatsache, dass in Frauenfeld immer wieder Drogen und Geld im Durchgangsheim gefunden wurden. Die häufigen Razzien durch die Polizei sind zur Auflage für die Asylsuchenden im Normalverfahren und für die Umgebung geworden. Die Peregrinastiftung und das kantonale Fürsorgeamt waren gezwungen eine andere Lösung zu finden.

Durch den Aufenthalt in Schwaderloh haben sich schon einige Gesuchsteller entschlossen nach Hause zurückzukehren. Andere sind abgetaucht. Sicher ein Erfolg für den Kanton.

Es ist ein grosses Problem, dass ein System zunehmend repressive Lösungen entwickelt, wenn es darum geht unliebsame Personen los zu werden. Es illegalisiert zunehmend Menschen. Wo sind sie, die, die hier abtauchen und nicht mehr gesehen werden? Sie leben hier oder anderswo, sind gezwungen ihr überleben irgendwie zu sichern. Illegal natürlich. Was sich da entwickelt ist nicht sichtbar und nicht kontrollierbar. Das kann eigentlich nicht ein Ziel einer Gesellschaft sein.

Andererseits ist es klar, dass ein Asylgesuch, wenn es den Anforderungen nicht genügt, negativ entschieden wird. Und die Betroffenen das Land verlassen müssen. Unser Asylgesetz wird immer restriktiver und eine neuerliche Revision steht schon in Aussicht. Kann so noch gesichert werden, dass Schutz erhält wer Schutz braucht? Ich denke nicht. Vor allem ist es keine Antwort auf die Verteilungsverhältnisse der vorhandenen Güter und Ressourcen die zu allen Zeiten viel zu den Völkerwanderungen beigetragen haben und dies noch tun.

Schwaderloh ist nicht die totale Katastrophe, aber ein Schritt mit der Strömung die zurzeit herrscht. •

Regionalgruppe Wattwil

Zwei Schulzimmer in Nothilfeunterkunft umfunktioniert

Bericht Beobachtungsstelle

Keine Betten, nur noch Pritschen werden von der Gemeinde Wattwil seit anfangs 2009 für Nothilfebezügler zur Verfügung gestellt. Das Material der Liegen ist qualitativ so schlecht, dass sie oft reissen und die Bewohner gezwungen werden, auf dem Boden zu schlafen. Pro Pritsche wird eine Wolldecke zur Verfügung gestellt, das ist alles. Kissen und Matratzen hat ein Mitglied des Solidaritätsnetzes Ostschweiz organisiert. Elf Männer sind in zwei umgenutzten mittelgrossen Schulzimmern untergebracht, die mit einer behelfsmässig installierten Trennwand in einen Schlaf- und Aufenthaltsbereich unterteilt sind. Zum Teil leben die Leute schon seit 9 Monaten unter diesen Umständen, in der keine Privatsphäre gewährleistet ist. Der Korridor dient als Küche und Waschraum. Eine Dusche wird erst auf Intervention des Solidaritätsnetzes im Eingangsbereich installiert.

Weil die Gemeinde Wattwil, wie andere Gemeinden im Kanton St.Gallen, seit Ende 2008 mit einer steigenden Anzahl von (abgewiesenen) Asylbewerbern konfrontiert wurde, musste sie eine neue Bleibe für NothilfebezüglerInnen organisieren. Das kleine Schulhaus Hummelwald, das weit ausserhalb des Dorfes liegt, wurde daraufhin kurzerhand in eine Nothilfeunterkunft umfunktioniert. Um einzukaufen oder das Geld abzuholen, müssen die abgewiesenen Asylbewerber nach Wattwil. Um dorthin zu gelangen, gibt es zwei Möglichkeiten: zu Fuss der Schnellstrasse entlang (ein Trottoir gibt es nicht) oder mit dem Bus. Eine einfache Fahrt kostet CHF 2.20 – Pro Tag erhalten sie CHF 8.00. •

Regionalgruppe Solidaritätsnetz Ostschweiz

St.Gallen

Thurgau

Rheintal

Graubünden

Linthgebiet

Rapperswil-Jona

Wattwil

Wir wollen eine Härtefallkommission

Die St.Galler Regierung will sich nicht dreinreden lassen und weist die Motion zurück

Marina Widmer

JA, WIR WOLLEN: «PUNKT.»

Eine Härtefallkommission ist im Kanton St.Gallen dringend nötig. Der Kanton St.Gallen ist zwar grosszügig mit der Härtefallregelung bei Menschen mit F-Bewilligungen, die durch diese eine Jahresaufenthaltsbewilligung B erhalten. Hingegen ist das Ausländeramt äusserst hart, wenn es sich um Menschen handelt, die mehr als 5 Jahre in der Schweiz sind, ein abgewiesenes Asylgesuch haben oder einen Nichteintretensentscheid. Von letzteren erhielten von 2007 bis im März 2009 von insgesamt 183 Gesuchen nur 60 eine positive Antwort und damit eine Jahresaufenthaltsbewilligung.

Aber genau diese Menschen sind dringend auf einen positiven Entscheid angewiesen um endlich eine Sicherheit zu haben, und damit sie ihr Leben hier in der Schweiz aufbauen können. Betroffen sind auch Familien mit Kindern, die durch diese harte Haltung des Ausländeramtes nur Nothilfe erhalten, einige bereits seit Januar 2008.

SP-Kantonsrat Fredy Fässler hat zusammen mit SP-Kantonsrätin Bernadette Bachmann im Kantonsrat St.Gallen im Juni 2009 darum eine Motion für die Schaffung einer Härtefallkommission eingereicht, die die Fälle prüft und Empfehlungen ans Departement gibt, damit mehr Transparenz und Rechtssicherheit hergestellt wird und alle eine faire Chance haben.

Die St.Galler Regierung will nicht einmal darüber reden, sie stellt den Antrag, dass auf die Motion nicht einzutreten sei. Die Regierung bekräftigt dabei die harte Haltung, die sie gegenüber abgewiesenen Asylsuchenden, Menschen mit einem Nichteintretensentscheid oder Sans Papiers einnimmt.

Der CVP-Regierungsrat Hans Hollenstein im Kanton Zürich hingegen hat die Schwierigkeiten erkannt und eine Härtefallkommission eingesetzt.

Auch wir im Kanton St.Gallen wollen eine. In der Novembersession des Kantonsrates wird vermutlich darüber abgestimmt. Nutzen wir unsere Kontakte und sprechen mit Kantonsräten für eine Härtefallkommission. •

Solidaritätsnetz Zürich gegründet

Am 23. September 2009 gründeten circa 200 Personen im Offenen St.Jakob das Solidaritätsnetz Zürich. Eine Band, bestehend aus Flüchtlingen und Sans-Papiers, eröffnete den mit Spannung erwarteten Abend vor einem bunten Publikum. Die Grossmünster-Pfarrerinnen Käthi la Roche und St.Jakob Pfarrer Anselm Burr begrüsst das Publikum. Zwei Nothilfebeziehende aus Algerien und Kongo beschrieben ihre Situation und Bea Schwager von der Sans-Papiers Anlaufstelle Zürich SPAZ gab einen Einblick in ihre Arbeit. Sie berichtete auch über die kürzliche Ausschaffung von María Dennis Díaz Montañó nach Kolumbien und der Inhaftierung ihres minderjährigen Sohnes in Zürich. Andreas Nufer erzählte vom Solidaritätsnetz Ostschweiz und Ueli Wildberger vom Forum für Friedensziehung stellte die Ziele des Solinetzes ZH vor, bevor alle Anwesenden ihren Namen auf eine riesige Mitgliedskarte schreiben konnten.

Ähnlich wie in der Ostschweiz ist unsere Zürcher Schwester breit abgestützt und heterogen. Vom Bleiberecht-Kollektiv bis zu den Kirchen, von Studierenden bis zu Pensionierten sind ganz verschiedene Personen dabei. Sie wollen in der Öffentlichkeit auf das Leben der Flüchtlinge aufmerksam machen und konkrete Projekte umsetzen, wie Mittagstisch, Gefängnisbesuche oder Deutschkurse. In der politischen Auseinandersetzung wird das Solinetz Zürich die kantonale Härtefall-Kommission genauso beobachten wie die Situation der Nothilfebeziehenden. Wir freuen uns sehr über dieses weitere Solinetz und wünschen viel Erfolg und fruchtbare Zusammenarbeit.

Auch das noch: Flüchtlingsdienst St.Gallen wird abgeschafft

Das Solinetz befürchtet einen einschneidenden Qualitätsverlust in der Begleitung von anerkannten Flüchtlingen.

Andreas Nufer

Der Flüchtlingsdienst St.Gallen betreut anerkannte Flüchtlinge bis maximal 5 Jahre nach der Einreise in die Schweiz. Er ist als Verein organisiert und von den Hilfswerken HEKS, Caritas und dem Roten Kreuz getragen, um im Auftrag des Kantons alle anerkannten Flüchtlinge im Kanton zu beraten und zu begleiten. Der Flüchtlingsdienst hilft u.a. bei der Wohnungssuche, bei Sprach- und Arbeitsintegrationsmassnahmen, der Familienzusammenführung und ganz allgemein bei der Integration in unsere Gesellschaft. Eventuelle finanzielle Unterstützung von Flüchtlingen erfolgt nach den SKOS-Richtlinien.

Nachdem der Bund nun nicht mehr die effektiven Kosten pro Flüchtling übernimmt, sondern dem Kanton nur noch eine Pauschale pro Person überweist, hat das Departement des Inneren beschlossen, den Auftrag an den Flüchtlingsdienst auf den Frühling 2010 zu kündigen. 5 Personen verlieren ihre Stelle. Der bisherige Betreuungsauftrag des Flüchtlingsdienstes wird an die Gemeinden übergeben.

Das Solidaritätsnetz ist sehr besorgt über diese Entwicklung und befürchtet, dass die Qualität der Betreuung von anerkannten Flüchtlingen sinken wird. Es besteht die begründete Gefahr, dass die zuständigen Beamten in den Gemeinden rasch überfordert sind. Oder wer weiss schon, wie eine Familienzusammenführung organisiert wird, wenn zum Beispiel die Kinder noch in Somalia sind oder die Ehefrau im Irak? Viel spezifisches Wissen, das der Flüchtlingsdienst aufgebaut hat, geht grundlos verloren. Und immer wieder müssen wir generell die traurige Erfahrung machen, dass auch anerkannte Flüchtlinge in einzelnen Gemeinden gar nicht willkommen sind.

Betriebs- und Aktionsgruppe St.Gallen

Am 31. Oktober haben wir an einer Versammlung nach dem Mittagstisch eine neue Gruppe gewählt, die sich um den Betrieb rund um den Mittagstisch kümmert und verschiedene Aktionen organisiert. Genannt wurden etwa Intensiv-Deutschkurse, gemeinsames Musizieren, Ausflüge und der Wunsch nach Arbeit. Gewählt sind: Asef, Havka, Charles, Tedros, Malamin, Ibrahim, Babacar, Ali, Myrtha, Elisabeth und Andreas.

Kein Zugang zu Kochgelegenheiten für Nothilfebeziehende in Wildhaus

Neu können Nothilfebeziehende in Wildhaus die Küche nicht mehr benutzen, weil sich der Status eines Nothilfebürgers geändert hat, er ist vorläufig aufgenommen worden und hat nun Anrecht auf ein Zimmer. Darum wird er kurzerhand in die Küche transferiert, ein Bett wird dorthinein gestellt und er hat nun ein eigenes Zimmer. Eine unmögliche Situation für die anderen Nothilfebeziehenden, die nun mit 8 Franken pro Tag sehen müssen wie sie über die Runden kommen.

Soli-Haus: Suche läuft

An der letzten Vollversammlung wurde das Konzept für ein Soli-Haus vorgestellt. Es soll ein Haus um unseren Mittagstisch herum werden, mit Aufenthalts- und Beratungsräumen: Ein Treffpunkt der Kulturen, eine Art Volkshaus. Das Konzept wurde gutgeheissen. Mittlerweile haben wir die Idee verschiedenen Institutionen vorgestellt, welche allenfalls über ein Haus für diesen Zweck verfügen. Es sind uns erfreulicherweise einige Häuser vorgeschlagen worden, bisher jedoch kein geeignetes: Entweder sind die Objekte dezentral gelegen, zu baufällig oder zu klein.

Wichtig ist für uns bei der Suche nach einem Haus oder Räumlichkeiten, dass sie eine deutliche Verbesserung gegenüber dem CaBi darstellen. Bis jetzt war dies bei allen Angeboten nicht der Fall. Wir arbeiten weiterhin an der Verwirklichung unserer Idee eines Soli-Haus und sind froh um jeden Hinweis und eure tatkräftige Unterstützung.

Neue Sekretärin

Frau Poon Yee Strub-Chik übernimmt seit Ende Oktober 2009 ehrenamtlich die zentrale Anlaufstelle des Solidaritätsnetz in St.Gallen. Sie übernimmt die vielfältigen Aufgaben im Sekretariat und ist für telefonische Fragen und Anliegen weiterhin unter der Telefonnummer vom Solinetz erreichbar.

Telefon 071 220 17 45
admin@solidaritaetsnetz.ch

Sie ist jeden Dienstag vom 9 Uhr – 16 Uhr im Büro erreichbar.

Wir heissen sie herzlich willkommen und wünschen ihr bei der Ausübung ihrer Tätigkeit viel Freude und Erfolg.

Agenda

Essen für Freiwillige

Dienstag, 01.12.2009
ab 19.00 Uhr
Restaurant Engel, St.Gallen

Solidarische Weihnachten

Donnerstag, 24.12.2009
17.00 Uhr
Zivilschutzanlage Rorschach

Eine Weihnachtsfeier gegen die Kälte in der Asylpolitik am Ort, wo Nothilfebeziehende seit 2 Jahren wohnen müssen.

17.00 Internationale
Weihnachtsfeier
18.30 Essen
20.00 Konzert,
Musizieren und Singen
22.00 Party und Tanz

Für alle Programmpunkte sind noch Freiwillige gesucht. Wer einfach teilnehmen will oder wer in der Vorbereitung und Durchführung mithelfen will, meldet sich bitte bei:

Arne Engeli
Promenadenstrasse 25
9400 Rorschach
a.engeli@switzerland.ch
071 855 22 12

Vollversammlung

Samstag 23.01.2010
ab 13.30 Uhr
Kirche Halden, St.Gallen

Impressum

Der «Newsletter» ist das Mitteilungsorgan
des Solidaritätsnetzes Ostschweiz
Oberer Graben 31
9000 St.Gallen

www.solidaritaetsnetz.ch
info@solidaritaetsnetz.ch

Telefon 071 220 17 45

PC 85-355701-5
IBAN CH52 0900 0000 8535 5701 5

Texte: Marina Widmer, Heinrich Ziegler,
Maria Mondaca, Stefania Fenner,
Helen Batha, Andreas Nufer, Ursula Surbe

Fotos: Maria Mondaca

Layout: buero einheit, das «buero einheit»
gestaltet den Newsletters kostenlos – als
Beitrag zum Solidaritätsnetz

Auflage: 1800 Exemplare